

Gerhard Reichmann<sup>1</sup>/Klaus Ladner<sup>2</sup>/Rostislav Staněk<sup>3</sup>

## Zur Wahlkompetenz von Studierenden

Eine empirische Studie im Hinblick auf Nationalratswahlen in Österreich

---

---

**Zusammenfassung:** Im Zuge der gegenständlichen Untersuchung, die aus informationswissenschaftlicher Sicht dem Themenbereich der Informationskompetenz zuzuordnen ist, wird die Wahlkompetenz von Wahlberechtigten aus der Gruppe der Studierenden überprüft. Dabei werden Studierende um eine Einschätzung der Positionierung der wichtigsten politischen Parteien Österreichs gebeten. Die Wahlkompetenz wird als umso höher erachtet, je geringer die als Fehlerquote bezeichnete Abweichung zwischen subjektiver Einschätzung und tatsächlicher Positionierung ist. Die für die Untersuchung benötigten Daten zur tatsächlichen Positionierung der Parteien wurden der Wahlempfehlungsplattform „wahlkabine.at“ entnommen. Die Einschätzung der Positionierung erfolgte mittels strukturierter Befragung von 620 Studierenden. Zusätzlich wird analysiert, ob es im Hinblick auf die Wahlkompetenz studiums-, geschlechter-, alters- oder interessensspezifische Unterschiede gibt. Die Ergebnisse zeigen eine relativ hohe Wahlkompetenz der Studierenden. Im Durchschnitt lag die Fehlerquote, je nach Methodik, zwischen 24,7 % und 36,6 %. Signifikant besser schnitten v.a. Studierende mit einem hohen Interesse an Politik ab.

**Deskriptoren:** Informationskompetenz, Wahlkompetenz, Messung, Empirische Studie, Österreich, Studierende

### **Electoral competence of voters. An empirical study for the voter group of students with regard to National Council elections in Austria**

**Abstract:** This study, which from an information science point of view can be assigned to the subject area of information literacy, examines the electoral competence of students on the basis of questions in which the positioning of the most important political parties in Austria regarding selected subject areas has to be assessed. The electoral competence is measured as the difference between this assessment and the actual positioning and is higher the smaller this difference is. In addition, we analyze whether there are differences in competence according to the branch of study, gender, age and political interest. The

---

<sup>1</sup> **Kontaktperson:** ao. Univ.-Prof. DDr. Gerhard Reichmann, Universität Graz, Institut für Informationswissenschaft und Wirtschaftsinformatik, Universitätsstraße 15/F3, 8010 Graz, Österreich

E-Mail: gerhard.reichmann@uni-graz.at

<sup>2</sup> **Dr. Klaus Ladner**, Universität Graz, Institut für Statistik und Operations Research, Universitätsstraße 15/E3, 8010 Graz, Österreich

E-Mail: klaus.ladner@uni-graz.at

<sup>3</sup> **Dr. Rostislav Staněk**, Universität Graz, Institut für Produktion und Logistik, Universitätsstraße 15/E3, 8010 Graz, Österreich

E-Mail: rostislav.stanek@uni-graz.at

data regarding the positioning of the parties was taken from the voting advice application “wahlkabine.at”, and those for assessing this positioning were collected by means of a structured survey of 620 students. Our results indicate that students are politically quite competent. On average, the error rate was between 24.7 % and 36.6 %, depending on the methodology used. Students indicating a high interest in politics showed significantly better results.

**Descriptors:** Information literacy, Electoral competence, Measurement, Empirical study, Austria, Students

## 1 Einleitung

### 1.1 Einführung in die Thematik

Ein informationswissenschaftliches Forschungsfeld, das in den vergangenen Dekaden durchaus an Bedeutung gewonnen hat, wie die zahlreichen Publikationen zu dieser Thematik belegen (vgl. z.B. Chandra 2015), stellt jenes der Informationskompetenz dar. Häufig werden dabei Definitionen bzw. Standards für diesen Begriff generiert (vgl. z.B. Sample 2020) sowie Tests zur Überprüfung der vorhandenen Informationskompetenz entwickelt und in der Praxis eingesetzt (vgl. z.B. Boh Podgornik et al. 2016). Alternativ zu diesen Tests lässt sich auch so vorgehen, dass man das Wissen bzw. die Kompetenz der Bevölkerung bzw. von Teilen davon im Hinblick auf verschiedene Bereiche des Alltags überprüft. Das dadurch ermittelte Wissens- bzw. Kompetenzniveau lässt wiederum Rückschlüsse auf die vorhandene Informationskompetenz als notwendige Bedingung zur Erlangung dieses Niveaus zu (vgl. z.B. Reichmann/Mestel 2018). Diesem eben genannten Ansatz wird hier gefolgt, beim betrachteten Bereich des Alltags handelt es sich um jenen der Politik. Konkret soll eine wichtige Teildimension der politischen Kompetenz, nämlich die Wahlkompetenz von WählerInnen, untersucht werden.

Im Zusammenhang mit Wahlen stellt sich die Frage, inwieweit die WählerInnen tatsächlich die für sie richtige Wahlentscheidung getroffen haben. Bei dieser, in der Literatur häufig als Correct Voting bezeichneten Thematik (vgl. z.B. Sokhey/McClurg 2012; Johann/Glantschnigg 2013; Mcgregor 2013; Stiers/Dassonneville 2019) geht es laut gängiger Definition von Lau und Redlawsk (1997, 586) darum, ob jene Partei gewählt wurde, die auch im Falle vollständiger Information gewählt worden wäre. Es wird sich dabei in der Regel um jene Partei handeln, deren Positionierung im Hinblick auf relevante Sachthemen am ehesten jener der einzelnen WählerInnen entspricht. Zentrale Voraussetzung für ein Correct Voting ist demnach das Vorhandensein hinreichenden Wissens bezüglich Parteienpositionierung auf Seiten der WählerInnen. Dieses Wissen lässt sich als Teildimension von politischem Wissen ansehen. Während man politisches Wissen als einen sehr umfassenden Begriff verstehen kann, der auch Wissen beinhaltet, das nicht unbedingt für ein Correct Voting nötig ist, wie etwa detaillierte Kenntnisse des politischen Systems oder auch umfassende Informationen über die politischen Akteure (vgl. Delli Carpini/Keeter 1996), so soll im Rahmen der vorliegenden Studie Wahlkompetenz als das für ein Correct Voting notwendige Wissen seitens der WählerInnen verstanden werden. Hinreichende Wahlkompetenz setzt also in erster Linie profunde Kenntnisse hinsicht-

lich der Positionierung der wahlwerbenden Parteien in Bezug auf Sachthemen voraus (vgl. Johann/Glantschnigg 2013). Dabei stellt sich die Frage, auf welche Sachthemen sich diese Kenntnisse beziehen sollen: Auf möglichst alle, die aktuell von Relevanz sind, d.h. z.B. stark in den Medien präsent sind, oder nur auf solche, die für die einzelnen WählerInnen persönlich von großer Bedeutung und damit für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sind? Um beide Alternativen zu berücksichtigen, werden im empirischen Teil verschiedene Varianten von Wahlkompetenz analysiert.

In der wissenschaftlichen Literatur finden die Themenkomplexe „politisches Wissen“ und „Wahlkompetenz“ breite Berücksichtigung, allerdings durchaus unter anderen Bezeichnungen, wie etwa „politische Reife“ (vgl. z.B. Bergh 2013; Johann/Mayer 2017). Die einschlägigen Beiträge lassen sich grob in theoretische und empirische Beiträge unterteilen. Bei den theoretischen Beiträgen stehen begriffliche Abgrenzungen sowie Möglichkeiten zur Wissens- bzw. Kompetenzmessung im Mittelpunkt, während in empirischen Beiträgen in erster Linie Projekte zur Ermittlung des politischen Wissens bzw. der Wahlkompetenz vorgestellt werden.

Zu den theoretischen Beiträgen zählt etwa jener von Delli Carpini/Keeter (1993), die sich mit der Entwicklung und Testung von umfragebasierten Methoden zur Messung des politischen Wissens befassen. Sie diskutieren dabei auch die Präferenz von WissenschaftlerInnen für Datenauswertungen gegenüber Datenerhebungen, was einen verstärkten Rückgriff auf Sekundärdaten zur Folge hat. Diesem Trend wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht gefolgt, indem vorwiegend Primärdaten erhoben und verwendet werden. Der Beitrag von Barabas et al. (2014) setzt sich mit der Messung von politischem Wissen sowie den möglichen Einflussfaktoren darauf, wie Bildung oder Geschlecht, auseinander. In einzelnen Beiträgen stehen derartige Einflussfaktoren im Mittelpunkt, so wie etwa die Bildung in jenem von Grönlund/Milner (2006). Eine Reihe von Beiträgen widmet sich der Kompetenzmessung auf internationaler Ebene. Eloff (2019) beschäftigt sich z.B. mit der Problematik einer international vergleichbaren Messung des politischen Wissens. Hobolt (2007) stellt nicht nur einen theoretischen Rahmen zur Evaluierung der Wahlkompetenz von WählerInnen im Zusammenhang mit EU-Wahlen vor, sondern diskutiert auch Möglichkeiten zur Erhöhung dieser Kompetenz. Mit derartigen Möglichkeiten sowie Rahmenbedingungen, die eine höhere Wahlkompetenz bzw. ein umfangreicheres politisches Wissen begünstigen, wie eine gute Einbindung in soziale Netzwerke, beschäftigt sich eine weitere Gruppe von Aufsätzen (vgl. z.B. Ryan 2011; Sokhey/McClurg 2012). Lau et al. (2008) weisen darauf hin, dass ein Correct Voting zwar stark vom politischen Wissen beeinflusst wird, allerdings auch weitere Faktoren, wie etwa die Anzahl der wahlwerbenden Gruppen oder das Ausmaß der Differenzierung zwischen den wahlwerbenden Gruppen, großen Einfluss ausüben.

Bei den empirischen Beiträgen steht die Erhebung des politischen Wissens(standes) von Personen(-gruppen) im Mittelpunkt. Es kann sich dabei um internationale (vgl. Braun/Tausendpfund 2019) oder nationale Untersuchungen handeln. Letztere überwiegen eindeutig und wurden beispielsweise in Deutschland (vgl. Westle et al. 2015), Großbritannien (vgl. Chan/Clayton 2006), Neuseeland (vgl. Karp 2006), den Niederlanden (vgl. Hendriks Vettehen et al. 2004), Österreich (vgl. Johann/Mayer 2017) oder den USA (vgl. Delli Carpini

2005) durchgeführt. Diese nationalen Untersuchungen beziehen sich entweder auf die jeweilige Gesamtbevölkerung oder einzelne Bevölkerungsgruppen, wie etwa JungwählerInnen (für diese spezielle Wählergruppe liegen bereits zahlreiche Untersuchungen vor: vgl. z.B. Bergh 2013; Johann/Mayer 2017) oder WählerInnen mit Migrationshintergrund (vgl. Westle 2011). Bei der überwiegenden Mehrheit der empirischen Beiträge handelt es sich um Querschnittstudien, da Längsschnittstudien infolge mangelnder Datenverfügbarkeit bzw. -vergleichbarkeit nur schwer realisierbar sind. Die wenigen vorhandenen Längsschnittstudien zeigen, dass das politische Wissen im Zeitverlauf durchaus Schwankungen unterworfen ist und trotz generellen Anstiegs des Bildungsniveaus und immer umfassenderer Informationsmöglichkeiten über die Zeit hinweg nicht unbedingt steigt (vgl. z.B. Bathelt et al. 2016).

## 1.2 Forschungsfragen

Ziel dieser Studie ist die Erhebung der Wahlkompetenz von Studierenden (die Beschränkung auf die Wählergruppe der Studierenden erfolgt aus Gründen der Umsetzbarkeit) im Hinblick auf österreichische Nationalratswahlen (diese entsprechen den deutschen Bundestagswahlen). Dabei wird mit Hilfe einer strukturierten Befragung festgestellt, inwieweit Studierenden die Positionierung von sechs Parteien im Hinblick auf zwölf, der Wahlempfehlungsplattform „wahlkabine.at“ (diese ist mit dem deutschen Wahl-O-Mat vergleichbar) entnommene, für Nationalratswahlen relevante politische Aussagen bekannt ist. Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

- F1: Inwieweit verfügen Studierende über (Nationalrats)Wahlkompetenz?

Die Wahlkompetenz wird dabei in Form von Fehlerquoten (die Berechnung ähnlicher Quoten findet sich auch in vergleichbaren Untersuchungen: vgl. z.B. Bathelt et al. 2016) ermittelt, für deren Berechnung die Unterschiede zwischen Einschätzung der Positionierung durch die Studierenden und tatsächlicher Positionierung herangezogen werden, wobei – nach Wissen der Autoren – die Heranziehung einer Wahlempfehlungsplattform als Datenbasis für die tatsächliche Positionierung von Parteien eine Novität darstellt.

Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Faktoren und der Wahlkompetenz untersucht. Zum einen werden das Interesse der Studierenden an Politik und ihr Wahlverhalten (in Form der bisherigen Teilnahme an Wahlen) erhoben, um die Ergebnisse betreffend Forschungsfrage 1 besser einschätzen zu können. Daraus resultieren zwei weitere Forschungsfragen:

- F2: Beeinflusst das Interesse an Politik die Wahlkompetenz?
- F3: Beeinflusst das bisherige Wahlverhalten die Wahlkompetenz?

Wenn jemand an Politik generell interessiert ist und auch regelmäßig an Wahlen teilnimmt, so ist eine höhere Wahlkompetenz zu erwarten, wie bereits in verschiedenen Studien festgestellt werden konnte (vgl. z.B. Luskin 1990; Johann/Glantschnigg 2013). Zum anderen werden soziodemographische Merkmale der Befragten ermittelt, um einen möglichen Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und dem Ausmaß der Wahlkompetenz identifizieren zu können. Bei diesen soziodemographischen Faktoren handelt es sich um Art des

betriebenen Studiums, Geschlecht und Alter, woraus sich die nächste Forschungsfrage ergibt:

- F4: Beeinflussen soziodemographische Merkmale die Wahlkompetenz?

Es wird vermutet, dass Studierende der „Geisteswissenschaften“ (GEWI; zur Abgrenzung: vgl. Abschnitt 2.2), männliche und ältere Studierende eine höhere Wahlkompetenz aufweisen. Die Begründungen für diese Vermutungen lauten wie folgt: 1.) GEWI-Studierende sind im Rahmen ihres Studiums eher mit der Thematik befasst (in Abhängigkeit vom konkreten Studium); 2.) Männer verfügen über ein höheres politisches Wissen als Frauen, was auch in mehreren Studien festgestellt wurde (vgl. z.B. Dow 2009; Fortin-Rittberger 2016); 3.) Wissen nimmt tendenziell mit dem Alter zu, was auch für die hier untersuchte Wahlkompetenz gelten sollte (in der Literatur finden sich zahlreiche Belege für eine Zunahme der politischen Kompetenz mit steigendem Alter (vgl. etwa Johann/Mayer 2017)).

In Abschnitt 2 wird zunächst die gewählte Vorgehensweise beschrieben. Im Mittelpunkt stehen dabei die Vorstellung des verwendeten Erhebungsinstruments sowie die Beschreibung der Planung und Durchführung der Befragung. Ergänzend wird auf die der Wahlempfehlungsplattform „wahlkabine.at“ entnommene Positionierung der betrachteten politischen Parteien eingegangen, die als Basis für die Ermittlung der Wahlkompetenz dient. Abschließend wird die Berechnung der herangezogenen Fehlerquoten erläutert. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Abschnitt 3 präsentiert und diskutiert, den Abschluss bildet ein Resümee (Abschnitt 4).

## **2 Vorgehensweise**

### **2.1 Auswahl und Positionierung der politischen Parteien**

In einem ersten Schritt war zu klären, welche politischen Parteien in die Untersuchung einbezogen werden sollten. Ursprünglich war geplant, alle zum Zeitpunkt der Datenerhebung (Frühjahr 2018) im österreichischen Nationalrat (dieser entspricht dem deutschen Bundestag) vertretenen Parteien sowie ergänzend jene Parteien, die bei den diesem Zeitpunkt vorangegangenen letzten vier Nationalratswahlen (2017, 2013, 2008 und 2006) permanent angetreten waren, zu berücksichtigen; letztere deshalb, da den WählerInnen deren Positionierung eher bekannt sein sollte, und diese Positionierung auch auf „wahlkabine.at“ verfügbar war. Von den insgesamt sieben in Erwägung gezogenen Parteien, ÖVP (Österreichische Volkspartei; 1945 gegründet), SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs; 1889 gegründet), FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs; 1955 gegründet), Neos (Das Neue Österreich und Liberales Forum; 2012 gegründet), Jetzt (Jetzt – Liste Pilz; 2017 gegründet), Grüne (Die Grünen – Die Grüne Alternative; 1986 gegründet) und KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs; 1918 gegründet), wurde Jetzt ausgeschlossen, da von dieser Partei die Daten (Positionierung) bezüglich der Nationalratswahlen 2013, 2008 und 2006 fehlten und Bemühungen der Autoren um Ergänzung erfolglos blieben.

Aus insgesamt 104 Aussagen zur politischen Positionierung, die auf der Wahlempfehlungsplattform „wahlkabine.at“ (zur Funktionsweise und Qualität solcher üblicherweise als „voting advice applications“ bezeichneten Anwendun-

gen: vgl. z.B. Wagner/Ruusuvirta 2012) für die vier relevanten Nationalratswahlen enthalten waren, wurden 12 Aussagen ausgewählt. Der Schwerpunkt lag dabei auf jüngeren Aussagen (d.h. solchen im Hinblick auf die Nationalratswahl 2017) sowie generell auf Aussagen, die den beiden von den Autoren als besonders wichtig erachteten Themenbereichen „Migration“ (mit den Gegenpolen „restriktiv“ und „liberal“; diesem Bereich werden die Aussagen 4, 5, 7, 8, 10 und 11 zugerechnet) bzw. „Wirtschaftsordnung“ (mit den Gegenpolen „Kommunismus“ und „Kapitalismus“; diesem Bereich werden die Aussagen 1, 2, 3, 6, 9 und 12 zugerechnet) zugeordnet werden konnten. In Tabelle 1 sind diese zwölf Aussagen inklusive Positionierung der sechs Parteien aufgelistet, wobei die Positionierung wie in „wahlkabine.at“ jeweils aus zwei Elementen besteht: Einerseits der Zustimmung (Zust.) zur Aussage („ja“ oder „nein“), andererseits der Bedeutung (Bed.) der Aussage für die jeweilige Partei („sehr wichtig“, „wichtig“ oder „weniger wichtig“). Bisher eingesetzte Methoden zur Erhebung der Positionierung politischer Parteien wären etwa Expertenbefragungen oder Inhaltsanalysen der Parteiprogramme (vgl. z.B. Benoit/Laver 2007).

Nr.	Aussage Inhalt	ÖVP		SPÖ		FPÖ		Neos		Grüne		KPÖ	
		Zust.	Bed.	Zust.	Bed.	Zust.	Bed.	Zust.	Bed.	Zust.	Bed.	Zust.	Bed.
1	Anstatt der Mindestsicherung soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden.	nein	sehr wichtig	nein	weniger wichtig	nein	sehr wichtig	nein	weniger wichtig	nein	weniger wichtig	ja	wichtig
2	Die wöchentliche Arbeitszeit soll bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden gekürzt werden.	nein	sehr wichtig	nein	weniger wichtig	nein	wichtig	nein	wichtig	ja	weniger wichtig	ja	sehr wichtig
3	Das Erben soll weiterhin steuerfrei bleiben.	ja	sehr wichtig	nein	sehr wichtig	ja	sehr wichtig	ja	sehr wichtig	nein	sehr wichtig	nein	sehr wichtig
4	Das allgemeine Wahlrecht auf Bundesebene soll auf österreichische StaatsbürgerInnen beschränkt bleiben.	ja	sehr wichtig	ja	wichtig	ja	sehr wichtig	nein	weniger wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig
5	Anerkannten Flüchtlingen soll es uneingeschränkt erlaubt sein, ihre unmittelbaren Familienangehörigen nachzuholen.	nein	sehr wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig	ja	weniger wichtig	ja	wichtig	ja	sehr wichtig
6	Die allgemeinen Studiengebühren sollten wieder eingeführt werden.	ja	sehr wichtig	nein	sehr wichtig	nein	weniger wichtig	ja	wichtig	nein	sehr wichtig	nein	sehr wichtig
7	Asylwerbende sollen ab dem Zeitpunkt ihrer Antragsstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten.	nein	wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig	ja	sehr wichtig	ja	sehr wichtig	ja	sehr wichtig
8	Österreich soll die Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit erhöhen.	ja	wichtig	ja	wichtig	nein	weniger wichtig	ja	wichtig	ja	sehr wichtig	ja	sehr wichtig
9	In Österreich soll zur Armutsbekämpfung Vermögen höher besteuert werden.	nein	weniger wichtig	ja	wichtig	nein	wichtig	nein	weniger wichtig	ja	sehr wichtig	ja	sehr wichtig
10	Straffällige Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sollen unabhängig von ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer abgeschoben werden.	nein	weniger wichtig	nein	wichtig	ja	sehr wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig	nein	sehr wichtig
11	Österreich soll die Kriterien für ein humanitäres Bleiberecht (z.B. Gesundheit, Familiensituation, Ausbildung) verschärfen.	nein	weniger wichtig	nein	wichtig	ja	sehr wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig	nein	sehr wichtig
12	Die Ladenöffnungszeiten sollen liberalisiert werden.	ja	wichtig	nein	wichtig	nein	sehr wichtig	ja	wichtig	nein	weniger wichtig	nein	wichtig

Tabelle 1: Positionierung der politischen Parteien (Datenquelle: „wahlkabine.at“)

*Erläuterungen:* Zust. bedeutet Zustimmung der Parteien zu den Aussagen; Bed. steht für die Bedeutung der Aussagen für die Parteien.

## 2.2 Erstellung eines Fragebogens

Alle weiteren für die Untersuchung benötigten Daten wurden anhand eines strukturierten Fragebogens erhoben, der im Zuge einer Lehrveranstaltung des

Erstautors zum Thema „Projektmanagement“ ausgearbeitet wurde.<sup>i</sup> Dieser Fragebogen umfasste drei Fragenblöcke.

Gegenstand des ersten Fragenblocks waren soziodemographische Merkmale der Studierenden, für welche ein potentieller Zusammenhang mit der Wahlkompetenz untersucht wurde. Im Einzelnen wurden dabei 1.) Art des betriebenen Studiums (hier wurde letztlich lediglich zwischen Geisteswissenschaften im weiteren Sinn (GEWI) und Naturwissenschaften im weiteren Sinn (NAWI) differenziert), 2.) Geschlecht und 3.) Alter erhoben.

Der zweite Fragenblock umfasste drei Fragen zum politischen Interesse und Verhalten der Studierenden. Zunächst sollten die Befragten ihr Interesse für Politik anhand einer fünfstufigen Skala, die von „sehr groß“ über „groß“, „mittel“ und „gering“ bis zu „sehr gering“ reichte, angeben. Die Fragen, ob eine Teilnahme an der Nationalratswahl 2017 bzw. an der Bundespräsidentenwahl 2016 erfolgt war, waren mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten.

Den Kern des Fragebogens bildete der dritte Fragenblock mit insgesamt 156 Fragen, anhand derer die Studierenden die Positionierung der sechs Parteien in Form der Zustimmung zu und der Bedeutung von zwölf ausgewählten Aussagen (vgl. Tabelle 1) einschätzen sollten. Die dabei eingesetzte Skala war zwecks Vergleichbarkeit mit jener, die von „wahlkabine.at“ verwendet wird, identisch. Somit war hinsichtlich Zustimmung zwischen den Ausprägungen „ja“ und „nein“ und hinsichtlich Bedeutung zwischen den Ausprägungen „sehr wichtig“, „wichtig“ und „weniger wichtig“ zu wählen. Ergänzend sollten die Befragten anhand der letztgenannten Skala für jede Aussage angeben, welche Bedeutung diese für sie persönlich hat.

### **2.3 Planung und Durchführung der Befragung**

Die Grundgesamtheit, auf welche sich die Ergebnisse der gegenständlichen Untersuchung beziehen sollen, bilden Studierende an öffentlichen Universitäten in Österreich. Da eine Datenerhebung in Form einer mündlichen Befragung an allen relevanten Universitäten aufgrund beschränkter Ressourcen nicht realisierbar war, wurde diese auf drei Grazer Universitäten beschränkt, die als für die Grundgesamtheit einigermaßen repräsentativ erachtet wurden. Dabei repräsentiert die Universität Graz den Typus der Volluniversitäten (zu diesem zählen auch die Universitäten Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien), die Technische Universität Graz den der Technischen Universitäten (zu diesem zählen auch die Technische Universität Wien, die Montanuniversität Leoben und die Universität für Bodenkultur Wien) und die Medizinische Universität Graz jenen der Medizinischen Universitäten (zu diesem zählen auch die Medizinischen Universitäten Linz, Innsbruck und Wien sowie die Veterinärmedizinische Universität Wien). Grundsätzlich sollte je Universität ca. 1 % der Studierenden befragt werden. Dies entspricht insgesamt einer Anzahl von 605 Studierenden.

Durchgeführt wurde die Befragung im Zuge der bereits erwähnten Lehrveranstaltung des Erstautors im Mai 2018 von Studierenden der Betriebswirtschaft. Anhand des vorgestellten Fragebogens wurden die Studierenden mündlich befragt. Als Standorte der InterviewerInnen wurden zentrale (Eingangs)Bereiche an den drei Universitäten ausgewählt, die zumindest theoretisch von jeder/m Studierenden an der jeweiligen Universität frequentiert werden konnten. Die Auswahl der interviewten Personen erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Die Inter-

views nahmen im Durchschnitt 10–15 Minuten in Anspruch. Insgesamt wurden die angestrebten Quoten mit 620 für die Auswertung heranziehbarer Fragebögen leicht überschritten.

## 2.4 Auswertung der erhobenen Daten

Die erhobenen Daten wurden unter Einsatz von Software (SPSS bzw. Python) ausgewertet. Der Schwerpunkt lag dabei, den Forschungsfragen entsprechend, auf univariaten Auswertungen.

Die Wahlkompetenz der einzelnen befragten Personen wird in Form von drei Fehlerquoten, welche für die vorliegende Untersuchung neu entwickelt wurden, ausgewiesen (vgl. Abbildung 1 samt Erläuterungen). Fehlerquote 1 bezieht sich ausschließlich auf die Korrektheit der Einschätzung, ob eine Partei einer bestimmten Aussage zustimmt oder nicht (zur entsprechenden Positionierung der betrachteten Parteien: vgl. Tabelle 1, Spalten „Zust(immung)“). Bei Fehlerquote 2 wird zusätzlich die Korrektheit der Einschätzung, welche Bedeutung diese Aussage für die einzelnen Parteien hat, berücksichtigt (zur entsprechenden Positionierung der Parteien: vgl. Tabelle 1, Spalten „Bed(eutung)“). Bei Fehlerquote 3 wird die Korrektheit der Einschätzung laut Fehlerquote 1 mit der Bedeutung der Aussage für die befragte Person kombiniert.

Der vorgenommenen Untergliederung und der daraus resultierenden Berechnung von drei Fehlerquoten lag die Vermutung zugrunde, dass die Wahlkompetenz stark vom Detailierungsgrad der Fragestellung und von der Bedeutung der betrachteten Aussagen für die befragten Personen abhängig ist. Im Einzelnen wurde angenommen, dass die Wahlkompetenz mit zunehmendem Detailierungsgrad der Fragestellung (Fehlerquote 2) abnimmt, jedoch bei Berücksichtigung der Bedeutung der Aussagen für die Studierenden (Fehlerquote 3) zunimmt.

Aussage x: Zustimmung		
■ ja		■ nein
Aussage x: Bedeutung (Partei)		
■	□	■
sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig
Aussage x: Bedeutung (befragte Person)		
■	□	□
sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig

Abbildung 1: Beispielhafte Berechnung der Fehlerquoten 1-3

### Erläuterungen:

**Schwarz** = Positionierung der Partei bezüglich Aussage x im Hinblick auf Zustimmung und Bedeutung (Datenbasis: „wahlkabine.at“)

**Blau** = Einschätzung der Parteienpositionierung durch die befragte Person (Datenbasis: Befragung)

**Rot** = Bedeutung der Aussage x für die befragte Person (Datenbasis: Befragung).

Fehlerquote 1 stellt ausschließlich darauf ab, ob es im Hinblick auf die Zustimmung zu Aussage x (vgl. oberen Teil von Abbildung 1) Unterschiede zwischen der tatsächlichen Positionierung der Partei (schwarz) und der Einschätzung der Positionierung der Partei



seitens der befragten Person (**blau**) gibt; bei Fehlerquote 2 wird zusätzlich berücksichtigt, ob es entsprechende Unterschiede im Hinblick auf die Bedeutung der Aussage x für die Partei (vgl. mittleren Teil von Abbildung 1) gibt. In Fehlerquote 3 fließt anstelle der Bedeutung der Aussage x für die Partei zusätzlich die Bedeutung dieser Aussage für die befragte Person (**rot**: vgl. unteren Teil von Abbildung 1) ein.

Für die Berechnung von Fehlerquote 1 wurde zunächst bei jeder Fehleinschätzung, d.h. jedem Unterschied zwischen studentischer Einschätzung und tatsächlicher Positionierung der Partei, ein Fehlerpunkt vergeben. Damit ergab sich pro befragter Person ein Maximum von 72 Fehlerpunkten (6 Parteien x 12 Aussagen). Fehlerquote 1 wurde anschließend über das Verhältnis von tatsächlichen Fehlerpunkten zu maximal möglichen Fehlerpunkten ermittelt. Fehlerquote 1 wird in der Folge als individuelle Gesamtfehlerquote 1 bezeichnet. Die individuelle Gesamtfehlerquote 1 lässt sich in zwei Teilfehlerquoten unterteilen. Beschränkt man sich bei der Berechnung von Fehlerquote 1 auf eine Partei, lassen sich auf Basis von maximal 12 Fehlerpunkten (1 Partei x 12 Aussagen) sechs parteibezogene individuelle Teilfehlerquoten 1 ermitteln. Beschränkt man sich bei der Berechnung von Fehlerquote 1 auf eine Aussage, lassen sich auf Basis von maximal 6 Fehlerpunkten (6 Parteien x 1 Aussage) zwölf aussagebezogene individuelle Teilfehlerquoten 1 berechnen.

Bei der Berechnung von Fehlerquote 2 wurde zusätzlich zur Zustimmung die Bedeutung der Aussagen für die Parteien berücksichtigt. Dabei wurde zunächst für jede Aussage die tatsächliche Positionierung einer Partei im Hinblick auf Zustimmung und Bedeutung laut „wahlkabine.at“ in eine neue sechsstufige Skala transformiert (vgl. Abbildung 2), wobei jeder möglichen Ausprägung (in der Abbildung durch schwarze Punkte repräsentiert) eine Nummer bzw. Punkteanzahl zwischen 1 und 6 zugeordnet wurde.

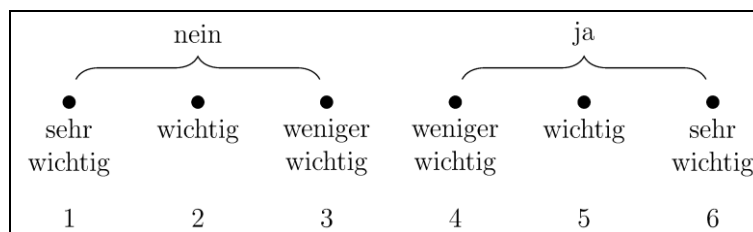


Abbildung 2: Berechnung der Fehlerquote 2

Beispielsweise würde sich daher bei einer Zustimmung („ja“) zu einer bestimmten Aussage, aber einer geringen Bedeutung („weniger wichtig“) dieser Aussage aus Sicht der Partei (vgl. dazu die schwarzen Positionen in Abbildung 1) Ausprägung 4 ergeben (vgl. Abbildung 2).

Die Einschätzung der Parteienpositionierung seitens der Studierenden wurde nach der gleichen Methodik in die eben vorgestellte sechsstufige Skala transformiert. Gehen die Studierenden bei ihrer Einschätzung beispielsweise von einer Ablehnung („nein“), aber hohen Bedeutung („sehr wichtig“) der Aussage aus (vgl. dazu die blauen Positionen in Abbildung 1), würde sich die Ausprägung 1 ergeben (vgl. Abbildung 2).

In einem weiteren Schritt wurde dann die Differenz in der Punkteanzahl zwischen Einschätzung und tatsächlicher Positionierung, die maximal fünf betragen konnte, ermittelt. Basierend auf dem Beispiel lt. Abbildung 1 würde die Dif-

ferenz, d.h. die Anzahl der Fehlerpunkte, 3 (Ausprägung 4 mit 4 Punkten minus Ausprägung 1 mit 1 Punkt) betragen.

Die maximale Anzahl an Fehlerpunkten ist damit von der tatsächlichen Positionierung der Parteien abhängig und kann im Hinblick auf eine Aussage einer Partei zwischen 3 (die tatsächliche Positionierung der Partei liegt laut Abbildung 2 bei Ausprägung 3 oder 4 bei gleichzeitiger Einschätzung seitens der Studierenden in Form von Ausprägung 6 oder 1) und 5 Fehlerpunkten (die tatsächliche Positionierung der Partei entspricht Ausprägung 1 oder 6 bei gleichzeitiger Einschätzung seitens der Studierenden in Form von Ausprägung 6 oder 1) liegen. Pro befragter Person liegt die maximale Anzahl an Fehlerpunkten somit zwischen 216 und 360 Punkten (3 Fehlerpunkte x 12 Aussagen x 6 Parteien bzw. 5 Fehlerpunkte x 12 Aussagen x 6 Parteien).

Fehlerquote 2, die wiederum eine individuelle Gesamtfehlerquote repräsentiert, berechnet sich letztendlich als Quotient aus tatsächlicher Anzahl an Fehlerpunkten und maximal möglicher Anzahl an Fehlerpunkten. Im Hinblick auf die Zerlegung dieser Gesamtfehlerquote in Teilfehlerquoten sei auf die Ausführungen zu Fehlerquote 1 verwiesen.

Bei der Berechnung von Fehlerquote 3 wurde zusätzlich zur Zustimmung die Bedeutung der Aussagen für die Studierenden wie folgt berücksichtigt: Stimmt die Einschätzung der Zustimmung seitens der befragten Person nicht mit der tatsächlichen Zustimmung seitens der Partei überein, wird der daraus resultierende Fehlerpunkt bei geringer/mittlerer/großer Bedeutung der Aussage für die befragte Person mit eins/zwei/drei multipliziert. Beispielsweise ergeben sich bei einer Diskrepanz betreffend die Zustimmung zu einer bestimmten Aussage und einer großen Bedeutung dieser Aussage für die befragte Person (vgl. die rote Position in Abbildung 1) demnach 3 Fehlerpunkte. Im Falle einer richtigen Einschätzung spielte die subjektive Bedeutung der Aussage keine Rolle, da sich aufgrund fehlender Diskrepanz bzgl. der Zustimmung null Fehlerpunkte ergeben.

Die maximal mögliche Anzahl an Fehlerpunkten pro befragter Person beträgt damit 216 Punkte (3 Fehlerpunkte x 12 Aussage x 6 Parteien). Fehlerquote 3 berechnet sich wiederum als Quotient aus tatsächlicher Anzahl an Fehlerpunkten und maximal möglicher Anzahl an Fehlerpunkten und lässt sich ebenfalls in zwei Teilfehlerquoten zerlegen.

Bei allen im Ergebnisteil ausgewiesenen Fehlerquoten handelt es sich um durchschnittliche Gesamt- bzw. Teilfehlerquoten pro befragter Person. Das bedeutet, dass die Summe der individuellen Fehlerquoten durch die Anzahl der befragten Personen dividiert wurde.

### **3 Ergebnisse und Diskussion**

#### **3.1 Soziodemographische Merkmale, Interesse und Verhalten**

Aus Tabelle 2 geht die Zusammensetzung der Stichprobe hervor. Von den 620 Befragten waren 217 GEWI-Studierende und 403 NAWI-Studierende. Mit 52,1% war die Mehrheit der befragten Personen männlich, das Durchschnittsalter betrug 23,3 Jahre, wobei doch knapp über 11 % 27 Jahre und älter waren. Was das Interesse an Politik betrifft, so war dies nur bei 28,2 % der befragten Studierenden zumindest hoch, während es bei 32,6 % gering oder sehr gering

war; Median und Modus lagen bei „mittel“. Höher als vermutet fiel die angegebene Teilnahme an der Nationalratswahl 2017 sowie der Bundespräsidentenwahl 2016 aus.

Variable	Ausprägung				
	Relative Häufigkeit				
Art des Studiums (n= 620)	GEWI	NAWI			
	34,9%	65,1%			
Geschlecht (n= 614)	w eiblich	männlich			
	47,9%	52,1%			
Alter (n = 594)	bis 20 Jahre	21-23 Jahre	24-26 Jahre	ab 27 Jahren	
	15,3%	41,9%	31,5%	11,3%	
Interesse an Politik (n = 616)	sehr hoch	hoch	mittel	gering	sehr gering
	7,1%	21,1%	39,1%	21,9%	10,7%
Teilnahme an Nationalratswahl 2017 (n = 613)	ja	nein			
	84,7%	15,3%			
Teilnahme an Bundespräsidentenwahl 2016 (n = 613)	ja	nein			
	84,6%	15,4%			

Tabelle 2: Soziodemographische Merkmale, Interesse und Verhalten

### 3.2 Wahlkompetenz von Studierenden

Dieser Abschnitt ist gänzlich der Beantwortung von Forschungsfrage 1 gewidmet, indem zunächst aggregiert und anschließend partei- und aussagebezogen dargelegt wird, inwieweit die befragten Studierenden über entsprechende Wahlkompetenz verfügen. Abbildung 3 gibt einen Überblick zu den aggregierten Ergebnissen. Beschränkt man sich auf die Einschätzung hinsichtlich der Zustimmung der Parteien zu den zwölf relevanten Aussagen, so liegt die durchschnittliche Gesamtfehlerquote 1 bei etwas über einem Drittel; d.h. im Durchschnitt haben die Studierenden in 25 von 72 Fällen eine Fehleinschätzung vorgenommen. Dies wirkt auf den ersten Blick relativ hoch, ist aber aus Sicht der Autoren auf die zum Teil doch recht spezifischen Aussagen und die Tatsache zurückzuführen, dass alle Befragten nicht nur die von ihnen favorisierten Parteien bzw. die ihnen wichtigen Aussagen, sondern alle sechs Parteien im Hinblick auf alle zwölf Aussagen einschätzen mussten. Überraschenderweise führt die zusätzliche Berücksichtigung der Einschätzung der Bedeutung dieser Aussagen für die Parteien zu einer im Vergleich zur Fehlerquote 1 nur geringfügig höheren durchschnittlichen Gesamtfehlerquote 2. Insgesamt ergaben sich hier bei den 620 Befragten 66.638 von 182.244 möglichen Fehlerpunkten. Die durchschnittliche Gesamtfehlerquote 3, bei der Fehleinschätzungen hinsichtlich Zustimmung mit der Bedeutung der jeweiligen Aussage für die Befragten gewichtet werden, ist erheblich geringer als die Fehlerquoten 1 und 2, da die Studierenden in erster Linie die Positionierung der Parteien bezüglich jener Aussagen falsch eingeschätzt haben, die ihnen selbst nicht so wichtig sind. Das kann wiederum als deutliches Indiz für ein zufriedenstellendes Correct Voting sowie eine entsprechende Informationskompetenz seitens dieser Personengruppe interpretiert werden. Untersuchungen zum politischen Wissen, die allerdings weniger Parteipositionen, sondern eher politisches Faktenwissen abgefragt ha-

ben, zeigen zum Teil deutlich höhere Fehlerquoten von bis zu 60 % (vgl. Delli Carpini/Keeter 1996; Bathelt et al. 2016). Johann/Mayer (2017) haben in ihrer Studie das politische Wissen in die drei von Delli Carpini/Keeter (1996) vorgeschlagenen Bereiche unterteilt und konnten beobachten, dass die Fehlerquote beim Wissen über Parteipositionen, auf das sich die gegenständliche Untersuchung bezieht, mit 21 % wesentlich niedriger war als beim Wissen über das politische System sowie jenem über die politischen Akteure mit Fehlerquoten von 42 % bzw. 38 %. Allerdings ist dieses gute Ergebnis bezüglich Wissen über Parteipositionen nicht unmittelbar mit den Ergebnissen laut Abbildung 3 vergleichbar, da diese 21 % auf einer Fokussierung der Positionierung von Parteien auf deren Links-Rechts-Einstufung basieren.

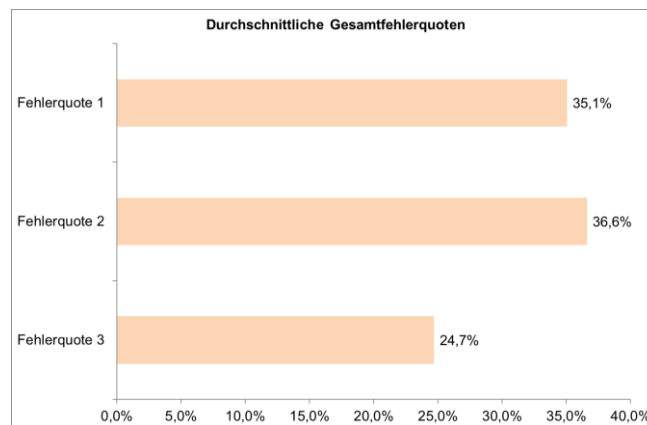


Abbildung 3: Wahlkompetenz – Gesamtergebnis

Anhand von Tabelle 3 lässt sich die Wahlkompetenz im Hinblick auf die unterschiedlichen Parteien erkennen. Je geringer die parteibezogene durchschnittliche Teilfehlerquote, desto besser können die Befragten die Positionierung der jeweiligen Partei einschätzen. Unabhängig von der Variante zur Berechnung dieser Fehlerquote nimmt die FPÖ den Spitzenplatz ein, wobei die Fehlerquote 3 sogar unter 20 % liegt. Eine vergleichbar gute Quote wird sonst nur noch von den Grünen erreicht. Im Mittelfeld liegen KPÖ und ÖVP, während die Positionierung von SPÖ und Neos überdurchschnittlich vielen Befragten unbekannt war. Während dies hinsichtlich der Neos noch mit ihrer relativ kurzen Parteigeschichte erklärt werden kann, liegen die Gründe bei der SPÖ möglicherweise in einer intransparenten bzw. inkonsequenten Positionierung.

Partei	Fehlerquote 1	Fehlerquote 2	Fehlerquote 3
ÖVP	36,6%	37,3%	25,3%
SPÖ	41,6%	40,2%	29,1%
FPÖ	25,4%	29,3%	18,7%
Neos	43,9%	42,8%	31,0%
Grüne	28,3%	33,1%	19,9%
KPÖ	35,0%	38,1%	24,5%

Tabelle 3: Wahlkompetenz im Hinblick auf die betrachteten Parteien (parteibezogene durchschnittliche Teilfehlerquoten)

Während es aus demokratiepolitischer Sicht jedenfalls wünschenswert ist, dass den Wahlberechtigten die Positionierung der wahlwerbenden Parteien möglichst gut bekannt ist, stellt sich die Frage, ob dies auch aus parteistrategischer Sicht gilt. Es kann für eine Partei durchaus von Vorteil sein, wenn Wahlberechtigte deren Positionierung falsch einschätzen und sie aufgrund dieser Fehleinschätzung wählen. Eine solche verfehlte Stimmabgabe würde zulasten jener Partei erfolgen, die bei Kenntnis der wahren Positionierung gewählt würde. Interessant erscheint die Frage, ob es Parteien gibt, denen solche Fehleinschätzungen tendenziell nutzen bzw. schaden, was im Rahmen einer Folgestudie untersucht werden könnte.

Nr.	Aussage	Fehlerquote 1	Fehlerquote 2	Fehlerquote 3
1	Anstatt der Mindestsicherung soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden.	43,5%	44,9%	29,2%
2	Die wöchentliche Arbeitszeit soll bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden gekürzt werden.	36,2%	40,1%	26,0%
3	Das Erben soll weiterhin steuerfrei bleiben.	38,5%	41,0%	27,6%
4	Das allgemeine Wahlrecht auf Bundesebene soll auf österreichische StaatsbürgerInnen beschränkt bleiben.	29,2%	30,6%	20,8%
5	Anerkannten Flüchtlingen soll es uneingeschränkt erlaubt sein, ihre unmittelbaren Familienangehörigen nachzuholen.	28,9%	30,2%	20,0%
6	Die allgemeinen Studiengebühren sollten wieder eingeführt werden.	36,4%	36,1%	30,2%
7	Asylwerbende sollen ab dem Zeitpunkt ihrer Antragsstellung eine Arbeitslaubnis erhalten.	31,0%	32,8%	22,2%
8	Österreich soll die Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit erhöhen.	34,1%	35,1%	21,6%
9	In Österreich soll zur Armutsbekämpfung Vermögen höher besteuert werden.	30,0%	36,6%	20,3%
10	Straffällige Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sollen unabhängig von ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer abgeschoben werden.	32,1%	31,9%	23,9%
11	Österreich soll die Kriterien für ein humanitäres Bleiberecht (z.B. Gesundheit, Familiensituation, Ausbildung) verschärfen.	44,8%	42,3%	31,7%
12	Die Ladenöffnungszeiten sollen liberalisiert werden.	37,0%	37,7%	23,1%

Tabelle 4: Wahlkompetenz im Hinblick auf die betrachteten Aussagen (aussagebezogene durchschnittliche Teilfehlerquoten)

Tabelle 4 spiegelt die Fehlerquoten hinsichtlich der betrachteten Aussagen wider (aussagebezogene durchschnittliche Teilfehlerquoten). Bezüglich Aussage 5, in der es um den uneingeschränkten Nachzug naher Familienangehöriger im Falle von anerkannten Flüchtlingen geht, wird die Positionierung der sechs betrachteten Parteien von den meisten Befragten richtig eingeschätzt. Nur geringfügig höher sind die Fehlerquoten betreffend Aussagen 4 bzw. 9, welche eine Beschränkung des Wahlrechts auf Bundesebene auf österreichische Staatsbürger bzw. eine höhere Besteuerung von Vermögen zur Armutsbekämpfung zum Inhalt haben. Am anderen Ende der Fehlerskala liegen die Aussage

1, die anstelle der Mindestsicherung (diese ist dem deutschen Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) ähnlich) ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Diskussion stellt, und die Aussage 11, in der es um eine Verschärfung der Kriterien für ein humanitäres Bleiberecht geht. Bezüglich thematischer Zusammenhänge zwischen Aussagen mit hohen bzw. niedrigen Fehlerquoten lässt sich sagen, dass Aussagen zum Themenbereich „Migration“ tendenziell besser eingeschätzt werden konnten als jene zum Themenbereich „Wirtschaftsordnung“. Überraschend hoch erscheinen die Fehlerquoten hinsichtlich der Aussage 3, nach der das Erben weiterhin steuerfrei bleiben soll. Diese Thematik fand sich doch recht häufig in der Medienberichterstattung. Möglicherweise ist das Thema für Studierende wenig relevant. Allerdings scheint eine diesbezügliche Relevanz keinesfalls ein Garant für geringe Fehlerquoten zu sein, wie sich anhand von Aussage 6 zur Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren erkennen lässt.

### 3.3 Einflüsse auf die Wahlkompetenz

In diesem Abschnitt wird analysiert, ob die im Rahmen der Befragung erhobenen soziodemokratischen Merkmale inklusive politischem Interesse bzw. Verhalten die Wahlkompetenz beeinflussen. Somit wird nachfolgend auf die Forschungsfragen 2, 3 und 4 eingegangen.

Faktor	Durchschnittliche Gesamtfehlerquote 1/2/3					Korrelationskoeffizienten auf Basis von Fehlerquote 1/2/3
Art des Studiums	GEWI		NAWI			0,03/0,06/0,04
	35,5%/38,7%/25,2%		34,9%/37,7%/24,4%			
Geschlecht	w weiblich		m männlich			0,19**/0,18**/0,16**
	37,2%/39,4%/26,2%		33,0%/36,7%/23,2%			
Alter	bis 20 Jahre	21-23 Jahre	24-26 Jahre	ab 27 Jahren		0,16**/0,18**/0,18**
	39,4%/41,2%/28,5%	35,6%/38,6%/25,3%	33,3%/36,8%/22,8%	32,3%/35,6%/22,5%		
Interesse an Politik	<b>sehr hoch</b>	hoch	mittel	gering	sehr gering	0,35**/0,33**/0,27**
	23,8%/30,5%/18,1%	31,4%/35,9%/22,5%	36,2%/38,6%/25,6%	37,2%/39,5%/25,4%	41,9%/42,5%/28,8%	
Teilnahme an Nationalratswahl 2017	<b>ja</b>		nein			0,15**/0,18**/0,15**
	34,4%/37,5%/24,1%		39,0%/41,4%/27,9%			
Teilnahme an Bundespräsidentenwahl 2016	<b>ja</b>		nein			0,12**/0,15**/0,11**
	34,5%/37,5%/24,3%		38,3%/40,9%/27,2%			

Tabelle 5: Einflüsse auf die Wahlkompetenz

*Erläuterungen:* Für jeden der sechs betrachteten Faktoren wird hinsichtlich jeder Ausprägung die durchschnittliche Gesamtfehlerquote 1, 2 bzw. 3 angegeben. Anhand der rechten Spalte (Korrelationskoeffizienten) lässt sich erkennen, in welchem Ausmaß die einzelnen Faktoren mit den drei Fehlerquoten korrelieren, und ob diese Korrelation jeweils signifikant ist (\* bezeichnet dabei das 5 %-Signifikanzniveau, \*\* das 1 %-Signifikanzniveau). Zudem ist in der Tabelle jene Ausprägung jeden Faktors fett gedruckt, die das Ergebnis (am stärksten) positiv (im Sinne von geringeren Fehlerquoten) beeinflusst.

Tabelle 5 lässt erkennen, dass ein vorhandenes Interesse an Politik am stärksten mit der Wahlkompetenz korreliert, was durchaus naheliegend erscheint. Im Hinblick auf Gesamtfehlerquote 1 konnten Studierende mit sehr hohem Interesse an Politik durchschnittlich 55 der 72 Einschätzungen richtig vornehmen, während der entsprechende Wert für Studierende mit sehr geringem

Interesse an Politik lediglich 42 betrug. Ein deutlicher Zusammenhang besteht auch zwischen Wahlkompetenz und Geschlecht, allerdings sind hier die Differenzen zwischen den beiden Vergleichsgruppen bereits wesentlich geringer: Männliche Studierende konnten etwa im Hinblick auf Gesamtfehlerquote 1 durchschnittlich 48 von 72 Einschätzungen richtig vornehmen, weibliche 45. Zu beachten ist, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Interesse an Politik und Geschlecht gibt. Das Interesse an Politik ist bei männlichen Studierenden höher. Man könnte daraus schließen, dass es hier durchaus noch Handlungsbedarf gibt, um Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu erreichen. Auch das Alter beeinflusst das Interesse an Politik. Dieses ist bei älteren Studierenden höher als bei jüngeren. Darüber hinaus sind die Gesamtfehlerquoten 1, 2 und 3 geringer, sofern die Befragten an der Nationalratswahl 2017 bzw. der Bundespräsidentenwahl 2016 teilgenommen haben. Dies deckt sich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen (vgl. z.B. Levendusky 2011). Hingegen existiert zwischen Wahlkompetenz und Art des betriebenen Studiums kein nennenswerter Zusammenhang.

#### **4 Resümee**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gegenständliche Studie Folgendes offenlegt: Die befragten Studierenden weisen eine aus Sicht der Autoren zufriedenstellende Wahlkompetenz auf, was wiederum auf das Vorhandensein entsprechender Informationskompetenz schließen lässt. Stellt man nur darauf ab, inwieweit die Studierenden richtig einschätzen können, ob die sechs Parteien zwölf ausgewählten Aussagen jeweils zustimmen oder nicht, so liegt die durchschnittliche Gesamtfehlerquote bei ca. 35 %, ein Wert, der isoliert betrachtet durchaus verbesserungswürdig erscheint. Allerdings wird dieser Wert, wie eine detailliertere Analyse der Ergebnisse vermuten lässt, stark davon beeinflusst, wie gut die einzelnen Parteien ihre Positionierung jeweils kommunizieren, und wie relevant die einzelnen Aussagen für die Befragten selbst sind. Auffällig ist in diesem Zusammenhang das deutlich schlechtere Abschneiden bezüglich SPÖ und Neos bzw. bezüglich Aussagen, die Studierende eher nur am Rande betreffen, wie etwa solche zum Thema „Erbchaftssteuer“. Erfreulich erscheint die Tatsache, dass die durchschnittliche Gesamtfehlerquote nur geringfügig steigt, wenn man mehr ins Detail geht, indem zusätzlich die Einschätzung der Bedeutung der Aussagen für die einzelnen Parteien seitens der Studierenden berücksichtigt wird. Eine Verknüpfung der Einschätzung der Zustimmung mit der Bedeutung der Aussagen für die befragten Personen selbst führt zu einer deutlichen Reduktion der durchschnittlichen Gesamtfehlerquote auf 24,7 %. Die Befragten schätzen damit vor allem die Positionierung der Parteien hinsichtlich jener Aussagen falsch ein, die ihnen selbst weniger wichtig sind.

Die gesamten Ergebnisse bezüglich Wahlkompetenz der Studierenden sind insofern zu relativieren, als es sich bei den betrachteten zwölf Aussagen nur um eine relativ kleine Auswahl möglicher Themen gehandelt hat.

Zur Zusammensetzung der Stichprobe ist anzumerken, dass diese als für Studierende an öffentlichen Universitäten in Österreich einigermaßen repräsentativ erachtet wird. So entspricht etwa im Hinblick auf die Geschlechterverteilung die Zusammensetzung der Stichprobe weitgehend jener der Grundgesamtheit.

Hinsichtlich des Interesses bezüglich Politik lässt sich festhalten, dass erstaunlicherweise 32,6 % der Studierenden angaben, nur geringes oder sogar sehr geringes Interesse an Politik zu haben. Die Gruppe jener mit hohem oder sehr hohem Interesse war mit 28,2 % deutlich kleiner. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, um dieses Interesse nachhaltig zu steigern; übt dieses Interesse doch einen signifikanten positiven Einfluss auf die Höhe der Wahlkompetenz aus. Ein Ansatzpunkt für eine Steigerung könnte sein, politische Bildung wesentlich stärker in die Lehrpläne höherer Schulen zu integrieren. Dabei wäre auch darauf zu achten, alle drei der von Delli Carpini/Keeter (1996) genannten Teilbereiche des politischen Wissens zu berücksichtigen, also nicht nur das im vorliegenden Beitrag thematisierte Wissen über die Parteipositionen, sondern auch jenes über das politische System und die politischen Akteure. Vor dem Hintergrund dieses geringen politischen Interesses erscheint es überraschend, dass mit jeweils mehr als 84 % doch ein Großteil der Befragten an der Nationalratswahl 2017 bzw. der Bundespräsidentenwahl 2016 teilgenommen hat (Forschungsfrage 3). Möglicherweise sind diese Zahlen auch zu hoch, da Befragte tendenziell dazu neigen, sozial erwünschtes Verhalten, hier also die Teilnahme an Wahlen, anzugeben, auch wenn diese Angaben nicht der Realität entsprechen (vgl. z.B. Döring/Bortz 2016, 437ff.).

Hinsichtlich möglicher Einflüsse der drei analysierten soziodemographischen Merkmale auf die Wahlkompetenz lässt sich festhalten, dass im Hinblick auf „Geschlecht“ und „Alter“ ein signifikanter Zusammenhang existiert: Männliche und ältere Studierende weisen – wie eingangs vermutet – eine höhere Wahlkompetenz auf als weibliche und jüngere Studierende. GEWI-Studierende verfügen wider Erwarten über eine (nicht signifikante) geringfügig niedrigere Wahlkompetenz auf als NAWI-Studierende. Eventuell könnte in einer Folgeuntersuchung erhoben werden, inwieweit politisches Wissen im Rahmen unterschiedlicher Studien vermittelt wird.

Abschließend sollen die Forschungsfragen nochmals komprimiert beantwortet werden:

- F1: Die Studierenden verfügen über zufriedenstellende Wahlkompetenz.
- F2: Je höher das Interesse an Politik, desto höher die Wahlkompetenz.
- F3: Je häufiger die Teilnahme an Wahlen, desto höher die Wahlkompetenz.
- F4: Männliche und ältere Studierende weisen eine höhere Wahlkompetenz auf, die Art des betriebenen Studiums hat keinen signifikanten Einfluss.

## Literatur

*Barabas, Jason/Jennifer Jerit/William Pollock/Carlisle Rainey (2014). The Question(s) of Political Knowledge, in: American Political Science Review, Vol. 108(4), 840-55.*

*Bathelt, Severin/Alexander Jedinger/Jürgen Maier (2016). Politische Kenntnisse in Deutschland: Entwicklung und Determinanten, 1949–2009, in: Roßteutscher, Sigrid/Thorsten Faas/Ulrich Rosar (Hg.), Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit: 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland, Wiesbaden: Springer, 181-207.*

*Benoit, Kenneth/Michael Laver (2007). Estimating party policy positions: Comparing expert surveys and hand-coded content analysis, in: Electoral Studies, Vol. 26(1), 90-107.*



- Bergh, Johannes (2013). Does voting rights affect the political maturity of 16- and 17-year-olds? Findings from the 2011 Norwegian voting-age trial, in: *Electoral Studies*, Vol. 32(1), 90-100.
- Boh Podgornik, Bojana/Danica Dolničar/Andrej Šorgo/Tomaž Bartol (2016). Development, Testing, and Validation of an Information Literacy Test (ILT) for Higher Education, in: *Journal of the Association for Information Science and Technology*, Vol. 67(10), 2420-2436.
- Braun, Daniela/Markus Tausendpfund (2019). Politisches Wissen und Europawahlen, in: Westle, Bettina/Markus Tausendpfund (Hg.), *Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde*, Wiesbaden: Springer, 207-236.
- Chan, Tak W./Matthew Clayton (2006). Should the voting age be lowered to sixteen? Normative and empirical considerations, in: *Political Studies*, Vol. 54(3), 533-558.
- Chandra, Suvra (2015). Information Literacy: A Review of Literature, in: *International Research Journal of Multidisciplinary Studies*, Vol. 1(5), 1-32.
- Delli Carpini, Michael X. (2005). An overview of the state of citizens' knowledge about politics, in: McKinney, Mitchell S./Lynda L. Kaid/Dianne G. Bystrom/Diana B. Carlin (Hg.), *Communicating politics: Engaging the public in democratic life*, New York: Lang, 27-40.
- Delli Carpini, Michael X./Scott Keeter (1993). Measuring Political Knowledge: Putting First Things First, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 37(4), 1179-1206.
- Delli Carpini, Michael X./Scott Keeter (1996). *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven: Yale University Press.
- Döring, Nicola/Jürgen Bortz (2016). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*, 5. Aufl., Heidelberg: Springer.
- Dow, Jay K. (2009). Gender differences in political knowledge: Distinguishing characteristics-based and returns-based differences, in: *Political Behavior*, Vol. 31(1), 117-136.
- Eiff, Martin (2019). Probleme der Messung politischen Wissens im internationalen Vergleich, in: Westle, Bettina/Markus Tausendpfund (Hg.), *Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde*, Wiesbaden: Springer, 71-93.
- Fortin-Rittberger, Jessica (2016). Cross-National Gender Gaps in Political Knowledge. How Much Is Due to Context, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 69(3), 391-402.
- Grönlund, Kimmo/Henry Milner (2006). The Determinants of Political Knowledge in Comparative Perspective, in: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 29(4), 386-406.
- Hendriks Vettehen, Paul G. J./Carlo P. M. Hagemann/Leo B. van Snippenburg (2004). Political knowledge and media use in the Netherlands, in: *European Sociological Review*, Vol. 20(5), 415-424.
- Hobolt, Sara B. (2007). Taking Cues on Europe? Voter competence and party endorsements in referendums on European integration, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 46(2), 151-182.
- Johann, David/Christian Glantschnigg (2013). „Correct Voting“ bei der österreichischen Nationalratswahl 2008, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 42(4), 373-390.
- Johann, David/Sabrina J. Mayer (2017). Reif für die Wahl? Stand und Struktur des politischen Wissens in Österreich: Ein Vergleich der 16- und 17-Jährigen mit anderen Altersgruppen, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 46(2), 1-16.
- Karp, Jeffrey A. (2006). Political knowledge about electoral rules: Comparing mixed member proportional systems in Germany and New Zealand, in: *Electoral Studies*, Vol. 25(4), 714-730.
- Lau, Richard R./David P. Redlawsk (1997). Voting Correctly, in: *The American Political Science Review*, Vol. 91(3), 585-598.
- Lau, Richard R./David J. Andersen/David P. Redlawsk (2008). An Exploration of Correct Voting in Recent U.S. Presidential Elections, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 52(2), 395-411.

- Levendusky, Matthew S.* (2011). Rethinking the Role of Political Information, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 75(1), 42-64.
- Luskin, Robert C.* (1990). Explaining political sophistication, in: *Political Behavior*, Vol. 12(4), 331-361.
- Mcgregor, R. Michael* (2013). Measuring "Correct Voting" Using Comparative Manifestos Project Data, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, Vol. 23(1), 1-26.
- Reichmann, Gerhard/Roland Mestel* (2018). Bank- und Börsenwissen von Studierenden – Eine empirische Studie, in: *BankArchiv*, Vol. 66(11), 774-784.
- Ryan, John B.* (2011). Social Networks as a Shortcut to Correct Voting, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 55(4), 752-765.
- Sample, Angela* (2020). Historical development of definitions of information literacy: A literature review of selected resources, in: *The Journal of Academic Librarianship*, Vol. 46(2), 1-8.
- Sokhey, Anand E./Scott D. McClurg* (2012). Social Networks and Correct Voting, in: *The Journal of Politics*, Vol. 74(3), 751-764.
- Stiers, Dieter/Ruth Dassonneville* (2019). Do volatile voters vote less correctly? An analysis of correct voting among vote (intention) switchers in US presidential election campaigns, in: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, Vol. 29(3), 283-298.
- Wagner, Markus/Outi Ruusuvirta* (2012). Matching voters to parties: Voting advice applications and models of party choice, in: *Acta Politica*, Vol. 47(4), 400-422.
- Westle, Bettina* (2011). Politisches Wissen in Deutschland. Ein Vergleich von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen Deutschen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 42(4), 835-850.
- Westle, Bettina/Astrid Rütter/Christian Begemann* (2015). Das Wissen zum Wahlsystem vor der Bundestagswahl 2013, in: *Politische Psychologie*, Vol. 4(1), 108-138.

---

<sup>i</sup> Am Projekt „Positionierung der Parteien Österreichs in der politischen Landschaft“ waren folgende Studierende beteiligt, denen an dieser Stelle recht herzlich gedankt sei: Frau Dagmar Muster, Herr Josef Reissner, Frau Marie-Christine Schratzer, Frau Carina Tacer, Frau Nina-Sophie Wagner sowie Frau Ursula Wurzer.